

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtschlüssel: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Kurz für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Umgebung den täglich zweimaligen Jutragung monatlich M. 30,-
über durch die Post den täglich zweimaligen Versand monatlich M. 40,-
Die 1-paltige 32 mm breite Seite M. 9,-, außerhalb Sachsens M. 11,-, Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1-paltige An- und Ver-
kaufzettel 2 1/2 Pf. Nachh. Vorzugsgebühr laut Tarif. Auswärtige Beiträge gegen
Vorausbezahlung. Einzelnummer M. 2,-, Sonntagsausgabe M. 3,-.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Markstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unterlonge Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die wirtschaftlichen Sanktionen Poincarés.

Pläne gegen die deutschen Privatschuldner?

„Stinnes, Mannesmann und andere Industriekönige.“
Paris, 2. Aug. Einige Pariser Zeitungen geben Mitteilungen über die nicht militärischen Sanktionen, die Poincaré jetzt gegenüber Deutschland anwenden will. Die französische Regierung wolle die Forderungen der privaten Gläubiger sichern, indem sie sich an das Vermögen der deutschen Privatschuldner hält. Diese Privatschuldner, schreibt das „Cablogramme“, sind die Stinnes, Mannesmann und andere Industriekönige der deutschen Industrie, die den Widerstand gegen den Versailler Vertrag organisierten und den Sturz der Mark verursacht haben. Der „Gaulois“ erklärt, daß Poincaré sich wahrscheinlich an den deutschen Privatbesitz im Ausland halten werde. Der „Intransigent“ spricht von der Beschlagnahme des Vermögens deutscher Staatsangehöriger, die gegenwärtig in Gefängnissen wohnen. Hierzu könnten polizeiliche Beschlagnahmemaßnahmen im Ruhrgebiet kommen.

Poincaré will das Generalpfand ausüben.

Berlin, 2. Aug. In hiesigen diplomatischen Kreisen verläutet, daß die Maßnahmen, die Poincaré plant, darin bestehen werden, daß Frankreich die Staatseinnahmen im Deutschen Reich, also die Steuern, Zölle und die Einnahmen der Eisenbahnen, Post- und Telegraphenverwaltungen beschlagnahmen lassen will; dagegen werde er von militärischen Sanktionen absehen.

Keine Befehung des Ruhrgebietes.

(Eigenes Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)
Paris, 2. Aug. Die gestern in Berlin verbreitete Nachricht, die von einer bevorstehenden Befehung des Ruhrgebietes wissen wollten, werden an hiesigen maßgebenden Stellen dementiert. Ein ausgezeichneter unterrichteter französischer Diplomat machte die Korrespondenten der Express-Korr. darauf aufmerksam, daß Aktionen, wie sie die Befehung des Ruhrgebietes darstellen, im Anschluß an die Note Poincarés über die Ausgleichsbedingungen gar nicht möglich sind. Die Angelegenheit der Ruhrbesetzung ist vor allem unpolitischer Natur. Sie habe mit der Reparationsfrage nach Meinung der französischen Regierung nicht das geringste zu tun. Die Frage einer Befehung des Ruhrgebietes könnte höchstens bei einem Mißerfolg der Verhandlungen in London auftauchen. Aber der Gewährsmann sagt, daß auch die Stimmung sowohl in der französischen Öffentlichkeit, wie auch innerhalb der französischen Regierung einem derartigen Vorhaben nicht geneigt sein werde, sondern, daß Poincaré für diesen Fall andere Zwangsmaßnahmen bereit halten werde.

Englische Ueberraschung.

London, 2. Aug. Die Note Poincarés an Deutschland hat in maßgebenden politischen Kreisen Englands große Ueberraschung hervorgerufen, obwohl man wußte, daß er sich auf ein energisches Vorgehen vorbereitete. „Daily News“ betonen, daß Poincaré mit

diesem Schritt einen deutlichen Trennungsstrich zwischen Frankreich und den übrigen Alliierten gezogen hat. „Daily Chronicle“, das Organ Lloyd Georges, spricht davon, daß durch die Note Poincarés die Isolierung Frankreichs nur noch vollendeter werde.

„Ein verhängnisvoller Fehler.“

Wien, 2. August. Angesichts der neuen Drohungen gegen Deutschland fragt die „Neue Freie Presse“: Was wollen die Franzosen? Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder man erdrosselt und vernichtet Deutschland. Dann stehen wir vor der europäischen Katastrophe. Geld wird auf diese Weise nicht zu erlangen sein. Will man jedoch Geld, dann muß Deutschland geschont werden, und dann ist das neueste französische Ultimatum ein verhängnisvoller Fehler. Schon sieht man die Wirkung der Poincaré-Note in dem neuen Kursrückgang der Mark, was gleichzeitig ein schwerer Schlag für Frankreich ist, das seine Hoffnungen auf die deutschen Reparationen immer mehr dahinschwimmen sieht. (W. T. B.)

Botschafterkonferenz in Paris.

Paris, 2. Aug. Die Botschafterkonferenz reagierte heute morgen verschiedene Fragen betreffend die Anwendung der Friedensverträge. (W. T. B.)

Schanzers Reise nach London.

London, 2. August. Neuter offiziell mitgeteilt, daß der italienische Außenminister Schanzer am Montag in London eintreffen werde, um an der Konferenz teilzunehmen. (W. T. B.)

Unveränderte Haltung der Reichsregierung.

Berlin, 2. Aug. Die neue Drohnote Poincarés, die gestern dem deutschen Geschäftsträger in Paris überreicht wurde, und heute morgen in Berlin eintraf, war heute Gegenstand einer Chefbesprechung in der Reichskanzlei. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, doch wurde erklärt, daß die Stellungnahme der deutschen Regierung gegenüber der französischen Forderung unverändert bleibt, wie sie in der deutschen Note vom Montag niedergelegt wurde.

Besprechung des Reichsanstalters mit den Fraktionsführern.

Berlin, 2. Aug. In der Reichskanzlei fand heute eine Besprechung des Reichsanstalters mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Unabhängigen über die politische Lage statt. In der Besprechung stimmten die Parteiführer mit der Regierung darin völlig überein, daß die gespannte innere und äußere Lage des Reiches die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes erfordert. (W. T. B.)

Eine deutsche Aufbau- und Wiederherstellungsanleihe?

London, 2. August. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt, daß der Bankier aus Schottland eingeladen werden wird, innerhalb der nächsten Woche zusammenzukommen, um die Bedingungen für eine deutsche Aufbau- und Wiederherstellungsanleihe erörtern zu können.

Die Koalitionsbildung in Bayern.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)
München, 2. August. Die Koalitionsbildung hat heute den ganzen Tag die Fraktionen im Landtage, soweit sie der Regierung das Vertrauen ausgesprochen haben, beschäftigt. Der Bayerische Bauernbund hat seine Ansicht von gestern revidiert und aus vaterländischen Gründen eine Erklärung abgegeben, daß er gegen den Eintritt der Bayerischen Mittelpartei in die Regierung noch in dieser Woche nichts einzuwenden hat. Es wird sich nun darum drehen, wie sich die Bayerische Volkspartei und die Bayerische Mittelpartei über die Ministerliste verständigen. Die Bayerische Mittelpartei hat zunächst prinzipiell zwei Ziele beansprucht. Man muß also sehen, wie sich hier ein Ausweg findet. Bevor aber die Koalition nicht unter Dach und Fach ist, bleibt noch immer als letztes Hilfsmittel die Landtagsauflösung. Doch glaubt man, daß die Schwierigkeiten, da sie nicht grundsätzlicher Natur sind, sich morgen werden beheben lassen.

Türkisch-griechische Vorpostengefächte.

Konstantinopel, 2. August. Nachrichten aus Thakaldischa zufolge kommt es täglich zu Scharmühen zwischen türkischer Gendarmerie und griechischen Vorposten. Es verwundete Türken wurden nach Thakaldischa gebracht. Trotz des Verbots der alliierten Truppen wandert die Bevölkerung in der Gegend von Konstantinopel aus. (W. T. B.)

Konstantinopel, 2. Aug. Aus der Gegend von Kurfakli wird ein Grenzauwischenfall gemeldet. Eine Abteilung griechischer Kavalleristen überschritt die Grenzlinie und geriet mit türkischer Gendarmerie in ein Feuergefecht. Unter Juridikation zweier Toten und eines Verwundeten zogen sich die Griechen über die Grenze zurück. Weiter drangen zwei griechische Kavallerie- und Infanteriepatrouillen in die neutrale Zone ein, wo sie sich in einem Bauerngut 500 Meter von der Grenzlinie entfernt festsetzten. Die Zusammenziehung der griechischen Truppen in Osttrazien dauert an. Es werden militärische Vorbereitungen zu Lande und zu Wasser getroffen, um jedem Vordringen der Griechen über die Grenzlinie Widerstand zu leisten.

Die Hohe Pforte wird morgen den alliierten Kommissaren eine Protokolle gegen die Proklamierung der Autonomie von Smyrna übergeben. (W. T. B.)

Dollar (Freiverkehr): 855

Wohnung und Wirtschaft.

Das „So geht es nicht weiter!“ des Reichsfanzlers gegenüber dem verbrecherischen Treiben der Behirgungsorganisationen ist auch das rechte Aufklärungswort gegenüber den Missetätigen in Wohnung und Beschaffung. Die Abgabe der Inhaber von „alten“ Wohnungen, aus der Mittel zu beschaffen für die Erstellung neuer Wohnräume beschafft werden sollen, ist kaum oder noch nicht in Kraft gesetzt, aber wenn der auf zwei bis drei Milliarden geschätzte Ertrag eingegangen sein wird und wenn selbst die Gemeinden ihre Zuschläge verdoppeln oder verdreifachen, die gesamten Baukosten werden dann so stark verteuert sein, daß der Neubautätigkeit enge Grenzen gezogen sein werden. Der Abstand zwischen Bedarf und Zuwachs an Wohnungen wird immer größer. Nach statistischen Berechnungen, die roh gegriffen sein mögen, ist das Wohnungsbedürfnis vier- bis fünfmal so groß als die zurzeit mögliche oder erreichbare Vermehrung der Wohnräume. Die Spanne ist in Wirklichkeit noch weit größer, da neue Räume überwiegend in Landhäusern für eine verschwindend kleine Anzahl von Personen erstellt werden oder bei den immer mehr aufkommenden Aufstockungen für Bureau- und Geschäftszwecke in Anspruch genommen werden, jedenfalls den Wohnungsuchenden kaum zugute kommen. Den Zimmer in jeder ganzen Größe fennzeichnen eine Ziffer: weit über eine Million entbehren in Deutschland der eigenen Wohnung und die Zahl steigt unaußersam.

Wie hat es dahin kommen können? Während der vier Kriegsjahre hat die Bautätigkeit naturgemäß so gut wie ganz geruht. Die unsäglichen Verluste an teuren, unerfesslichen Menschenleben, haben die Wohnungsnot nicht gemindert. Vielen zehntausenden von Familien wurde der Ernährer genommen, aber die Familien blieben. Andererseits waren hunderttausende junger Männer da, die auf ein eigenes Heim nach den Schrecken und Strapazen des Stellungskrieges Anspruch erhoben. Dann kam das Ende des Krieges mit seinen Abtrünnungen in Nord und Südwest, Ost und Südost. Den betroffenen Volksgenossen, für die unter den veränderten Verhältnissen nichts des Weibens am Orte ihrer bisherigen Tätigkeit nicht war, mußte in Deutschland eine Heimkehr geboten werden. In den meisten Fällen ist dies nur unter allergrößten Einschränkungen und Opfern möglich gewesen, die die Obdachbedürftigen auf sich nehmen mußten. In alledem kam die Invasion der valutarischen Ausländer, mit ihnen kam eine maßlose Verteuerung der Wohnungen, so daß der Notstand auf die Spitze getrieben wurde. Es gibt in günstigen Verkehrsstrahlen und bevorzugten Wohnvierteln großer Städte und großstädtischer Vororte kaum ein einträgliches Gewerbe als das Vermieten von Zimmern an Ausländer, unter denen natürlich die Amerikaner weitans die willkommensten sind. Für ein einzelnes möbliertes Zimmer mit Licht und Heizung soll bis zu 3000 und 4000 Mark monatlich verlangt und gezahlt werden, von Luxuswohnungen und Hotelpreisen ganz zu schweigen. Eine solche Miete entspricht etwa der Verzinsung eines Vermögens von 1 Million Mark zu 5 Prozent! Die Folge derartigen Verhältnisse ist, daß von dem ohnehin knappen Angebot an Wohnräumen der größte Teil für Inländer wegen der hohen Kosten nicht in Betracht kommen kann, die Preise aller übrigen Räume in die Höhe getrieben werden.

Aber auch damit noch nicht genug. Es gibt noch andere und gleichfalls überaus ernste Wohnungsfragen. Der Unglücklichen — so muß man sie nennen — die in modernen mit Sammelheizung ausgestatteten Häusern wohnen, haben sich verschiedene politische Parteien mittels Anfragen über Hausbrandversorgung und Hausbrandverbilligung angenommen. Mit größtem Recht und dringender Notwendigkeit. Die Hofpreise sind schon jetzt nahezu auf das 150fache im Vergleich zum Friedenspreis gestiegen. Neue sehr bedeutende Erhöhungen der Bergarbeiterlöhne stehen unmittelbar bevor oder sind schon eingetreten, ungefähr gleichzeitig hat die Reparationskommission Reuefesslungen für die Lieferungen ab 1. August getroffen, die zwar eine geringfügige Ermäßigung der Mengen bringen, aber die für unsere Wirtschaft und unseren Hausbrand überaus nachteilige Sortenverteilung bestehen lassen. In Voraussicht dessen, um nach Möglichkeit die Bewohner von Sammelheizungshäusern vor den nachteiligen Folgen des Anstiehs in ungeheizten Räumen zu bewahren, ist die Einfuhr ausländischer Kohlen zugelassen, aber auch das ist nur ein äußerst schwacher Notbehelf, da der verzeufelte Stand unserer Marktwaluta größere Verluste verbietet.

Ueber alle diese Dinge hat sich das am 1. Juli in Kraft getretene Reichsmietengesetz hinweggesetzt; es hat den Mieteneinigungsämtern überlassen, Rat zu schaffen. Ihnen soll seitens der zuständigen Stellen dringend empfohlen werden, zwecks Erspahrung von Heizstoffen Anträgen auf Ausschneiden aus der Sammelheizung stattzugeben, wo nicht unüberwindliche technische Schwierigkeiten bestehen und soweit möglich, das obere Stockwerk überhaupt abzuschalten, wobei die Frage offen bleibt, wer die Kosten der notwendigen Änderungen der Heizungsanlage tragen soll. In den wichtigsten und kritischsten Punkten lassen abträgens die Ausführungsverordnungen mehr oder weniger im Stillen oder weichen in ihren Vorschriften (s. B. in der Verteilung der Heizungskosten bald nach Heizfläche, bald nach Kubinhalt der Wohnungen) so weit von einander ab, daß der Zustand allgemeiner Unsicherheit auf vielen Gebieten fortandern muß. Es ist auch geradezu unerträglich, daß die Mieteneinigungsämter endgültige Entscheidungen treffen, die für den Vermieter oder den Mieter den wirtschaftlichen Ruin zur Folge haben können, und daher die allerhöchste Zeit, daß das Gesetz über Mieteneinigungsämter, das eine Verzugsfrist einführen will, alsbald nach dem Wiederauftritt verabschiedet wird.

Der bayerische Standpunkt.

Von unserem Sonderberichterstatter.
München, 2. Aug. Die Antwort der bayerischen Regierung an den Reichspräsidenten ist fertig. Die Fraktionen der Bayer. Volkspartei, der Bayer. Mittelpartei und des Bayer. Bauernbundes haben dem Entwurf des Ministerpräsidenten zugestimmt. Die Antwort selbst wahrt den bayerischen Standpunkt, gibt aber auch der Reichsregierung zu weiteren Verhandlungen die Möglichkeit. Auf alle Fälle hat Bayern den Kampf um die bundesstaatlichen letzten Rechte aufgenommen und an der Reichsregierung und dem Reichstag liegt es, den bundesstaatlichen Charakter des Reiches auch zu wahren.
München, 2. August. Die Ablehnung des Briefes des Ministerpräsidenten wird voraussichtlich am Donnerstag erfolgen. Ueber den Wortlaut des Briefes verläutet noch, die bayerische Regierung werde betonen, sie sei nicht in der Lage, die Verordnung vom 24. Juli zurückzugeben, ehe ihre eine Gewähr dafür geboten werde, daß der Volkstag der Reichsregierung im einzelnen so geregelt werde, daß in Zukunft die bayerischen Hoheitsrechte für Justiz und Polizei unaugestastet bleiben. Der bayerische Ministerpräsident wurde als eine weitere Voraussetzung für die Aufhebung der bayerischen Verfassung die Zustimmung fordern, daß die Hoheitsrechte der Länder für alle Zukunft unverrücklich gesichert werden, daß ein Eingriff ohne Zustimmung des betreffenden Landes unmöglich ist. Endlich wird das Schreiben ein rückhaltloses herzliches Bekenntnis Bayerns zur Einheit des Reiches als dem kostbarsten Gut, das uns aus besseren Zeiten verblieben ist, enthalten.
Nachdem bereits die Staatspräsidenten und fast alle Parteien Süddeutschlands ihre Einstellung zum bayerischen Konflikt zum Ausdruck gebracht haben, hat nun auch laut „Wärzburger Zeitung“ die süddeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen nationalen Volkspartei, der die Landesgruppen Bayerns, Wadens und Hessens angehören, eine Entschließung zu dieser Frage angenommen. Es heißt darin, daß die Arbeitsgemeinschaft entschlossen sei, an die Seite der Bayerischen Mittelpartei in ihrem Kampfe um den föderativen Reichsgedanken zu treten. Nicht gegen das Reich, sondern mit Bayern für das Reich, für Recht, Gesetz und Verfassung! müsse die Forderung sein. Eine weitere Entschließung kommt zu dem Ergebnis, daß der innere Frieden nur wiedergewonnen werden könne, wenn Gewalttaten unterbleiben. Schließlich wird zur Bildung einer Einheitsfront gegen Willkür, Gewalt und Volksewidernis, sowie gegen den Wahnsinn von Versailles und die Kriegsschulden aufgerufen.